

## Beschlussprotokoll vom 20.03.2025

Ausschuss „SOZIALES, BILDUNG, JUGEND, KULTUR, GESUNDHEIT, INNERES, SICHERHEIT“ (Beirat Neustadt)

als öffentliche Präsenzsitzung (Nr. 08/23-27) in der Mensa der Oberschule am Leibnizplatz,  
Schulstraße 1-3, 28199 Bremen in der Zeit von 18:30 Uhr bis 20:55 Uhr

**Anwesend:** Jacqueline Brinkmann, Anita Ipach, Gabriele Mahro (i.V.), Moritz Krönert, Johannes Osterkamp (i.V.), Udo Schmitz

**beratend:** Lars Köke (BM, DIE PARTEI), Britta Schmidt (BM, FDP), Anke Maurer (BM, BSW)

**Fehlend:** Kai Stührenberg (e), Martina Tallgauer-Bolte (e), Marlin Meier (e), Colin Nolte (e)

**Referent:innen:** Herr Sartoris, Frau Freund (beide Polizei Bremen) Frau Köstergarten (Senatorin für Kinder und Bildung, Herr Bilan (Schulleiter der Willkommenschule Stresemannstraße)

**Gäste:** Vertreterinnen der Presse sowie interessierte Bürger:innen

**Vorsitz:** Uwe Martin

**Protokoll:** Fionn Heinemann (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

### TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Eingangs wird von der Sitzungsleitung (SL) mitgeteilt, dass ein Antrag der SPD zur Erweiterung der Tagesordnung (TO) um den Punkt „Dissensverfahren bei der Verteilung der Mittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA)“ vorliegt.

Zunächst wird über die Aufnahme des TOP als neuen TOP 7 abgestimmt. (einstimmig)

Weiterhin wird die Erweiterung der TO um den Punkt „Beschlussfassung zu Globalmitteln“ als neuen TOP 9 beantragt und abgestimmt. (einstimmig)

Zudem teilt die SL mit, dass TOP 7 aufgrund eines Krankheitsfalls entfällt.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung inklusive der o.g. Änderungen genehmigt. (einstimmig)

### TOP 2. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 23.01.2025 (Nr. 07/23-27)

**Beschluss:** Der Protokollentwurf wird ohne Änderungen genehmigt. (3 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

### TOP 3. Wahl der stellvertretenden Fachausschussprecherin

Die Linke hat das Vorschlagsrecht für die Stellvertretende Fachausschussprecherin und schlägt Frau Jacqueline Brinkmann als Stellvertretende Fachausschussprecherin vor.

**Beschluss:** Frau Jacqueline Brinkmann wird mit sofortiger Wirkung in der Position als stellvertretende Fachausschussprecherin für den Fachausschuss Soziales, Bildung, Jugend, Kultur, Gesundheit, Inneres, Sicherheit eingesetzt. (einstimmig)

#### **TOP 4. Stadteilangelegenheiten**

- **Wünsche und Anregungen der Bürger:innen**

- Eine Elternvertreterin der Wilhelm-Kaisen-Oberschule (WKO) erinnert erneut an das Anliegen, an der WKO eine gymnasiale Oberstufe einzurichten. Der Beiratssprecher (BS) erläutert kurz, dass eine Befassung mit dem Thema unter Einbeziehung der Schule sowie der Behörde am 22.05.2025 im Rahmen der nächsten Sitzung des Fachausschusses (FA) erfolgen soll.

- **Berichte des Fachausschussprechers**

- Der FA-Sprecher berichtet, dass die Situation an der WKO eigentlich hätte behandelt werden sollen. Wie vom BS berichtet, wird dies jedoch erst in der Sitzung am 22.05. erfolgen. Auch die Versorgung mit Vollküchen in den Kitas der evangelischen Kirchen könne erst zu einem späteren Zeitpunkt thematisiert werden, da hierzu noch auf eine Rückmeldung der Behörde gewartet werde. Tendenziell würde er sich für die Versorgung mit Vollküchen aussprechen, jedoch sei die Finanzierungsfrage offen.

- **Berichte des Amtes**

-/-

#### **TOP 5. Sicherheitslage in der Bremer Neustadt**

Herr Sartoris berichtet zur polizeilichen Kriminalstatistik des Jahres 2024 anhand einer Power-Point-Präsentation. Hierbei handelt es sich zunächst um eine vorläufige Auswertung, welche noch nicht für eine Veröffentlichung zur Verfügung steht.

Zudem sei die Aussagekraft der Statistik vor dem Hintergrund zu bewerten, dass sie lediglich die im Jahr 2024 abschließend bearbeiteten Vorgänge widerspiegeln. Hierunter fällt unter anderem auch eine Vielzahl von Altfällen (insbesondere Diebstahldelikte).

Insgesamt ist ein Anstieg der Straftaten im Bremer Süden von 13.201 auf 14.881 zu verzeichnen, wobei z.B. Körperverletzungsdelikte von 612 auf 499 gesunken sind.

Eine Zunahme der Straftaten in den Jahren 2023 und 2024 im Vergleich zu den Jahren 2020, 2021, 2022 sei zu einem erheblichen Anteil auf die Corona-Pandemie zurückzuführen. Betrugsdelikte wiederum zeigen ein gegenläufiges Bild, da diese während der Pandemie verstärkt vorkamen (insbesondere per Telekommunikation, also Telefon oder Internet).

Zu Nachfragen bezüglich häuslicher Gewalt und zur Verteilung von Sexualdelikten zwischen öffentlichem Raum und Privatumbau, erklärt Herr Sartoris, dass die Statistiken hierzu nachgeliefert werden.

Zur Prüfung und Einrichtung eines „besonderen Kontrollortes“ in der Neustadt, an dem verstärkt polizeiliche Personenkontrollen durchgeführt werden sollen, erklärt Herr Sartoris auf Nachfrage der PARTEI, dass es sich hierbei um einen noch genau zu definierenden Bereich innerhalb der Neustadt handeln würde (wie z.B. vormals der Lucie-Flechtmann-Platz). Eine nähere Auskunft sei zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht möglich.

DIE LINKE erkundigt sich nach dem von Herrn Sartoris dargestellten Zusammenhang zwischen Diebstahldelikten und steigenden Preisen / inflationsbedingter Teuerung.

Laut Herrn Sartoris seien in jedem Einzelfall unterschiedliche Faktoren von Relevanz, wenn eine Person einen Diebstahl begeht. Tendenziell könne wissenschaftlich jedoch auch ein Zusammenhang zwischen prekärer finanzieller Situation und einer höheren Zahl von Diebstahldelikten aufgezeigt werden.

Im Hinblick auf die Entwicklung der Anzahl der Delikte im Zusammenhang mit Drogenkonsum erklärt Frau Freund, dass hier ein Rückgang von 43 Prozent in der Neustadt zu verzeichnen sei.

Insgesamt zeigt sich Herr Sartoris zufrieden mit der Kriminalitätsbekämpfung in der Neustadt. Die Kriminalitätsbekämpfung in der Neustadt stelle den Schwerpunkt der Polizeiarbeit im Bremer Süden dar. Die Drogenproblematik könne jedoch die Polizei nicht alleine lösen. Hier bedürfe es der engen Zusammenarbeit mit dem Gesundheits- und dem Sozialressort.

## **TOP 6. Willkommenschule auf dem Kaisen-Campus**

Frau Köstergarten (SKB) stellt die Willkommenschulen im Allgemeinen sowie die Neugründung einer Willkommenschule am Kaisen Campus anhand einer Power-Point-Präsentation vor.

Ein BM fragt, ob die Container, die für die Willkommenschule genutzt werden, eine Konkurrenzsituation zur gewünschten gymnasialen Oberstufe schaffen. Frau Köstergarten erläutert, dass die Planung der Willkommenschule in enger Abstimmung mit allen Schulleitungen des Wilhelm Kaisen Campus erfolgt ist und diese die Entwicklung sehr begrüßen, da für die Kinder das Lernen in einem schulischen Umfeld sehr viel bessere Integrationsmöglichkeiten bietet als die abgelegene Situation in einem unzureichenden Gebäude in der Stresemannstraße.

Die Sprachkurse, die zum Teil vorher erfolgen, seien nicht so erfolgsversprechend wie Sprachunterricht, der parallel mit der Einbindung in den Schulalltag und der Teilnahme an Fachunterricht verläuft. Das Lernen der Bildungssprache und der Alltagssprache ist im schulischen Umfeld immer den Sprachkursen vorzuziehen.

Auf die Nachfrage, warum der Standort an der Stresemannstraße aufgegeben werde, erklärt Frau Köstergarten, dass es sich nur um eine Übergangslösung ohne geeignete Infrastruktur gehandelt habe.

Ein BM stellt die Frage, wo Platz am Kaisen-Campus für die Willkommenschule sei. Dafür vorgesehen ist der Mobilbau, der jetzt zur Oberschule gehört.

Zur Frage, wie lange sich geflüchtete Kinder auf einer Warteliste befinden, bis sie ins Schulsystem einmünden, führt Frau Köstergarten aus, dass im Jahr 2023 noch viele Landesaufnahmestellen ohne Schulangebot bestanden hätten, daraufhin erfolgte eine verstärkte Einmündung in Willkommenschulen. Die Zahlen hierzu seien schwankend. In Einzelfällen könne es 2-3 Monate dauern, was ein guter Wert sei.

Der BS hält abschließend fest, dass sich die Situation für die Willkommenschüler mit der geplanten Maßnahme deutlich verbessern werde. Mit der Eingliederung in einen regulären Schulbetrieb samt zugehöriger Infrastruktur könnten endlich angemessene Voraussetzungen für die Schüler:innen geschaffen werden.

## **TOP 7. Dissensverfahren bei der Verteilung der Mittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit**

Eingangs erläutert der FA-Sprecher den Hintergrund zum vorliegenden Beschlussvorschlag und bringt hierbei insbesondere seinen Unmut über die Sozialbehörde zum Ausdruck.

Nach kurzen Diskussionen über den Beschlussvorschlag wird sich zunächst darauf geeinigt, dass im letzten Absatz die direkte Ansprache der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration gestrichen wird. (einstimmig)

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

**Beschluss:** Der Beirat Neustadt lehnt weiterhin den Mittelverteilungsvorschlag des Sozialzentrum Süd und die Bestätigung desselben durch den Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen ab für die stadtteilbezogene Jugendförderung für das Jahr 2025 ab. Die Ablehnung des Mittelverteilungsvorschlags ist nunmehr der Deputation für Soziales, Jugend und Integration zur Entscheidung vorzulegen. Der Beirat Neustadt stimmt einer vorläufigen Verteilung der Mittel auf der Grundlage des Ersetzungsbeschlusses des Regionalzentrums Süd zu (siehe Beschluss des VG Bremen vom 22.02.2025, Geschäftszeichen: 1 V 3237/24), mindestens als Abschlagszahlung.

Eine Zuwendung, welche die von den Trägern angemeldeten Mehrbedarfe nicht berücksichtigt, führt bei allen Trägern zur Verschlechterung der Angebote.

Der Beirat erwartet, dass Angebote mit besonderer Bedeutung für die Umsetzung der Ziele des Stadtteilkonzepts vorrangig gefördert werden.

Der Beirat Neustadt fordert, den Mittelansatz für die Förderung der stadtteilbezogenen Offenen Jugendarbeit im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen wieder, um mindestens 7% zu erhöhen.

**Begründung:**

Mit Befremden nimmt der Beirat zur Kenntnis, dass der Jugendhilfeausschuss der Stadt Bremen in seinem Beschluss vom 06.03.2025 den Beirat nicht auf die geänderte Verwaltungspraxis aufmerksam gemacht hat, dass während des Dissensverfahrens Mittel im laufenden Zuwendungszeitraum nicht an die geförderten Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit ausgezahlt werden. Das Verwaltungsgericht hat in seinem oben genannten Beschluss ausdrücklich festgestellt, dass „die für den Stadtteil Borgfeld vorgesehenen Mittel für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendförderung für das Jahr 2025 ohne Zustimmung des Antragstellers (Beirat Borgfeld) vom Antragsgegner ... nicht verausgabt werden“ (§.12, 3. Absatz, 1. Satz) dürfen.

Wegen des Fehlens eines entsprechenden Hinweises durch den Jugendhilfeausschuss, bzw. die zuständigen Stellen der Verwaltung der Stadtgemeinde Bremen, hat der Beirat bisher sein Einverständnis zur (mindestens) Mittelverteilung nicht erklärt. Dies führte dazu, dass die Träger derzeit ohne jede Form der Finanzierung dastehen. Dies ist ein unerträglicher Zustand und hätte bei ordnungsgemäße Unterrichtung des Beirates vermieden werden können. (einstimmig)

#### TOP 8. Berichte von Fachausschussmitgliedern und Aktuelles aus den Einrichtungen

-/-

#### TOP 9. Beschlussfassung zu Globalmittelanträgen

- a) Antrag: biz Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitik und Menschenrechte e.V., Zuschuss zum Projekt „Fließende Übergänge zwischen Zivilgesellschaft, Kunst und Bevölkerung in der Neustadt“, Antragssumme: 3.812,00 € (Nr. 11/2025)

**Beschluss:** Der Beirat Neustadt stellt der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungspolitik und Menschenrechte e.V. 3.812,00 € aus seinen Globalmitteln für das Projekt „Fließende Übergänge zwischen Zivilgesellschaft, Kunst und Bevölkerung in der Neustadt“ zur Verfügung. (einstimmig)

(Ein FA-Mitglied war während der Abstimmung abwesend)

**b) Urban Screen GmbH, Zuschuss zum Projekt „Kinderstimmen in Bremer Bussen und Bahnen“, Antragssumme: 2.490,00 € (Nr. 12/2025)**

Der FA-Sprecher bringt Bedenken der SPD-Fraktion zum Ausdruck, da es sich beim Antragsteller um ein profitorientiertes Unternehmen handle. Darüber hinaus werde insbesondere Interessen der BSAG bedient, welche im Rahmen des Projektes für sich selbst werben könne. Dies sollte nach Ansicht der SPD nicht vom Beirat gefördert werden.

**Beschluss:** Der Beirat Neustadt stellt Urban Screen GmbH 2.490,00 € aus seinen Globalmitteln für das Projekt „Kinderstimmen in Bremer Bussen und Bahnen“ zur Verfügung. (4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)

**c) Neusi's GeMo UG, Zuschuss zur Clubnight im Rahmen der Jazzahead 2025, Antragssumme 1.150,00€ (Nr. 14/2025)**

**Beschluss:** Der Beirat Neustadt stellt 1.150,00 € aus seinen Globalmitteln für die Clubnight des Neusi's im Rahmen der Jazzahead 2025 zur Verfügung. (einstimmig)

**d) Kek Kindermuseum für Bremen e.V., Zuschuss zur Mitmachausstellung 2025 „Kapiert Papier – Papier in Kunst und Kultur“, Antragssumme 4.000,00 € (Nr. 15/2025)**

Mehrere FA-Mitglieder bitten darum, dass eine für das Projekt verantwortliche Person an der Beiratssitzung am 27.03. teilnimmt. Das Ortsamt wird eine entsprechende Einladung aussprechen.

**Beschluss:** Der FA SoBiJKG empfiehlt dem Beirat eine Beschlussfassung zum Globalmittelantrag des kek Kindermuseums für das Projekt „Kapiert Papier – Papier in Kunst und Kultur“ in Höhe von 4.000 €. (einstimmig)

**TOP 10.Verschiedenes**

-/-

---

Udo Schmitz  
Ausschusssprecher

Uwe Martin  
Vorsitz

Fionn Heinemann  
Protokoll